

Dresdner Nachrichten

3. Jahrgang

Tagblatt für Politik, Unterhaltung u. Geschäftsverkehr.

Preis 20000 M.

Die Redaktion ist in der Hauptstadt Dresden, Neumarkt 12, im 2. Stockwerk, in der Nähe des Hauptbahnhofes, in der Nähe des Hauptbahnhofes, in der Nähe des Hauptbahnhofes.

Abbestellen des Blattes ist jederzeit möglich.

Die Redaktion ist in der Hauptstadt Dresden, Neumarkt 12, im 2. Stockwerk, in der Nähe des Hauptbahnhofes, in der Nähe des Hauptbahnhofes, in der Nähe des Hauptbahnhofes.

Druck und Eigentum der Herausgeber: Kiepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Friedr. Godesche in Dresden.

Nr. 117. Einundzwanzigster Jahrgang. Dresden, Mittwoch, 26. April 1876.

Politisches.

Zu Bismarck und Liebknecht, die brüderlich an der Einziehung der deutschen Eisenbahnen arbeiten, hat sich als Dritter nunmehr Wagener gefügt. Die Spannung zwischen dem Reichskanzler und seinem Familius Wagener ist völlig gehoben. Eine Zeit lang schien die bisherige Eintracht in grimmige Feindschaft umschlagen zu sollen. Wagener drohte in seiner „Eisenbahnzeitung“ mit Enthaltungen, und Bismarck ließ Wagenern geheimpolitisch überwachen. Wagener hat seine Drohungen nicht verwirklicht, Bismarck die Geheimposten eingezogen. Eine wunderlichere Dreieinigkeit läßt sich wohl kaum denken, als diese drei Männer: Bismarck, Wagener, Liebknecht zusammen Feuer und Flamme für die Einziehung der Eisenbahnen. Heilige Henriette, was sind das für Zustände! Wohin kommen wir, wenn der Führer der communisistischen Partei in Deutschland mit Wohlgefallen den allmächtigen Minister die Geschäfte der Communisten besorgen sieht, wenn Liebknecht segnend die Hände über Bismarck's Haupt faltet. Wer ist denn nun heute „Reichsfeind“? Für Sachsen ergibt sich aber ein beachtenswerther Fingerzeig für die nächsten Wahlen. Es steht nunmehr fest, daß die Socialdemokraten im nächsten Reichstag „Nun für Mann festwohnen für die Auslieferung aller Bahnen an das Reich stimmen werden. Sollten daher Agenten dieser Partei die Mißstimmung des sächsischen Volkes gegen den Verlust seines werthvollsten Besitzthumes, seine Besorgnisse wegen der daraus folgenden Steuererhöhung dazu benutzen, um zu sagen: „Wählt Socialdemokraten! Da schiedt Ihr unerschrockene Leute in den Reichstag, die Euch Eure Bahnen erhalten!“ so trauet man solcherlei Reden nicht. Im Gegentheil, die Socialdemokraten bilden in der Eisenbahnfrage die zuverlässigste Garde Bismarck's!

Um Wagener's Freundschaft büßt Bismarck die Unterstützung Delbrück's ein. Delbrück versteht zu rechnen, er sieht ein, daß das Reichseisenbahnproject in die Reichsfinanzen ein gewaltiges Loch reißen würde. Das ist so leicht, wie das Abzählen der geraden und ungeraden Monate an den Knöcheln der Handwurzel. Liebknecht ist das natürlich einerlei, Delbrück hat das Gefühl der größeren Verantwortlichkeit für die Besteuerung und die Steuerkraft des Volkes. Die Verwaltung der Eisenbahnen durch eine Centralbehörde tödtet, wie die Privatbahndirectoren Preussens ausführen, jede Anregung durch die Konkurrenz, sie erzeugt und steigert die bürokratische Tendenz, die mit dem Geschäftsumfange wächst. Sie befördert endlich die Corruption und Unterschleife. Gegenüber und ganze Industrien werden durch Gunst oder Mißgunst der unappellablen Reichsinstanz, durch billigere oder theuere Tarife, Anschlüsse, Stationen u. s. w. belohnt und bestraft. Und wer alles dies in den Kauf nehmen möchte, der bestimme sich vor der brutalen Consequenz Liebknecht'schen Communismus: Sieht man dem Reiche heute das Recht, alle Eisenbahnen durch härteren oder gelinderen Zwang sich anzueignen, wer soll das Reich morgen hindern, alle Bergwerke, abermorgen alle Dampfmaschinen u. s. w. den Besitzern zu confisciren? (Delbrück ist laut neuestem Telegramm — gestürzt worden! Das deutsche Reich hat einen seiner intelligentesten Beamten verloren. Morgen ein Weiteres über dieses Ereigniß. Für heute nur die Hoffnung, daß es Delbrück nicht gehe wie Armin, dem es auch in Bismarck's Nähe zu schmal wurde. Keinen neuen Delbrück-Paragrafen im Strafgesetzbuch!)

Den Verhandlungen zwischen den beiden Reichshälften der österreichisch-ungarischen Monarchie kann das Ausland weder Interesse, noch viel weniger Geschmack abgewinnen. Jede Reichshälfte thut, als müßte sie zu Grunde gehen, wenn der Ausgleich betreffs der Hölle, indirecten Steuern und Kant für die andere Hälfte etwas günstiger ausfiele. Auch die „Frf. Ztg.“ glaubt nicht, daß die Versicherung, welche man auf beiden Seiten mit der ernstesten Miene vorbringt, auch wirklich ernst gemeint ist, die Versicherung nämlich, daß Cisleithanien keine weitere Belastung ertragen kann, oder daß Transleithanien unter der Last der 67er Verpflichtungen zu Grunde gehe. Was den Ungarn fehlt, sind nicht ein paar, sondern sehr viele Millionen, und eine Reform der Verwaltung von Grund aus. Und Oesterreich, welches heute bereits einen so hohen Preis für die magyarische Freundschaft zahlt, wird nicht zu Grunde gehen, auch wenn es jenen theuren Freunden einige Millionen mehr überläßt. Wenn es den beiden Streitenden darauf anläme, wirkliche Ersparnisse zu machen, ihren Haushalt zu beschneiden, dann müßten sie den doppelten Haushalt, d. h. eben den Dualismus selbst, abschaffen. Daran denken aber weder die Deutschen noch die Magyaren, und diese vielleicht am wenigsten, obgleich gerade sie sich gebärden, als sei Ungarn gleichbedeutend mit dem Gesamtreiche. Man muß es stets wieder hervorheben, daß die Deutschen durch den Dualismus Manches, die Magyaren Alles gewonnen haben. Nur mittelst des Dualismus können die Magyaren die dominirende Stellung behaupten. Verbleibe, wie sie sind, mißbrauchen sie ihre Macht. Sie unterdrücken die Slaven und entfremden sich mit ihren maßlosen Ansprüchen die Deutschen, sie sind die gefährlichsten Feinde des Gesamtstaates Oesterreich, der gerade jetzt durch die Eitelkeit seines Reichskanzlers in der orientalischen Frage einer schweren Entscheidungslunde entgegen — taumelt.

Aus dem Orient liegt jeden Morgen auf dem Redactionstisch ein Bündel widersprechender Nachrichten. Doch lehrt eine längere Erfahrung, daß der Ausbruch eines förmlichen Krieges zwischen der Pforte und Montenegro nahe bevorsteht, wenn nicht die Großmächte ein letztes energisches Wort reden. Kommt es zum Kampfe, so werden die Großmächte so lange zusehen, bis die Pforte sich überzweigt hat, daß sie den Aufstand nicht bewältigen kann.

Von Carlos würde ohne die freiwillige Unterstützung der baskischen Provinzen seinen Kampf bei Weitem früher haben ausgeben müssen. Das erkennt man aus den Unterhandlungen zwischen der spanischen Regierung und den Vertretern dieser Provinzen. Letztere halten, was man ihnen gar nicht verdenken kann, auf ihre Landes-

rechte und wollen sie nicht gegen das zweifelhafte Glück des spanischen Einheitsstaates aufgeben. Wie zweifelhaft überhaupt die Segnungen desselben sind, zeigt die Vermittlung der alten Tugendlose Isabella zwischen dem Papste und ihrem Sohne Alfons. Es gehört die ganze Freiheit dieser Person dazu, die religiöse Einheit in Spanien herzustellen zu wollen.

Beachtenswerth ist eine Rede des französischen Unterrichtsministers Waddington, der sich für allmähliche Einführung des Schulzwanges in den Elementarschulen aussprach. Erst solle jedoch der Staat für das Vorhandensein von Schulen sorgen, dann aber untergeordnet die allgemeine Schulpflicht einführen. Natürlich bejammern die Ultramontanen diese vernünftige Rede als eine „Kriegserklärung gegen die Kirche“.

Locales und Sächsisches.

— Unser König wurde an seinem Geburtsfeste sehr erfreut durch ein ungemein herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm des Königs von Baiern.

— Dem Steiger Christian Friedrich Wilhelm Nagel und den beiden Arbeitern Karl Friedrich John I. und Karl Friedrich Gottlieb Müller V bei dem königl. Steinlohlenwerke in Zaulerode ist das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Generalarzt Dr. Roth und Oberstabsarzt Dr. Weyer sind vom Chirurgen-Congress aus Berlin wieder nach hier zurückgekehrt.

— Bei dem Galabiner, welches beide Kammern vorgestern auf dem Belvedere der Terrasse abhielten, wurde nur ein Toast gebracht: der vom Präsidenten v. Behnen auf den König. Die Staatsminister wählten dem Galabiner bei.

— Die preussische Staatsbahn-Verwaltung, schon noch nicht im frohlichen Besitz der Reichs-Eisenbahnen, hat, wie schon erwähnt, eine hübsche Probe von Coulanz ausgehängt. Es soll die Billigkeit aller Taggebühren auf nur zwei Tage herabgesetzt werden, soweit nicht Konkurrenz ein anderes Vorgehen bedinge. Da haben wir's. — Schaffe man nur erst Reichs-Eisenbahnen, wodurch die Konkurrenz wegfällt, so wird man noch ganz andere Dinge erleben!

— Die Bemerkung einiger Berliner officiellen Blätter, die sächsische Regierung habe gegen die Einführung gleichmäßiger Eisenbahngebühren mit Gründen remonstrirt, deren Abgeschmacktheit auf der Hand lag, wird jetzt vom „Dr. J.“ amtlich widerlegt. Die Regierung hat vielmehr ihren Beitritt zu der Maßregel: die Farben der Biletts in Uebereinstimmung zu den Farben der Coupés zu bringen, erklärt, sobald diese Maßregel allgemein eingeführt werden sollte. Wir meinen, neue Waggonen streiche man so an, daß jede Classe verschieden und von Weitem kenntlich ist. Wollte man aber nachträglich die Laufende auf den deutschen Bahnen laufenden Personen-Waggonen ummalen, so würden dazu viele Tausend Centner Farbe und Firnis nöthig sein, die man sich doch wohl sparen könnte.

— So reichhaltig der Speisetisch der letzten beiden Plenar-Sitzungen des Stadtraths war, so fehlte doch ein Gericht darauf, dessen Auftragen dem Rathe den Dank der Mitbürger in besonders reichem Maße eingetragen hätte: das bessere Sprengeln! Mittlerweile regte zwar der Himmel das Gesicht, aber es ist wirklich recht niederdrückend, wie schwerfällig in Dresden Alles vor sich geht. Mögen sich doch die Herren Stadträthe unter das Volk mischen, um zu hören, wie man dort darüber urtheilt! Niemand kann begreifen, warum es in Dresden unmöglich ist, die Feuerwehre zum Straßenprengen zu verwenden. Sie würde dadurch im Schlauchführen geübt und die Straßen staubfrei.

— Nach dem gestern erschienenen Bericht der aus 20 Mitgliedern bestehenden Gesamt-Deputation (Referent Abg. Dr. Rindow) der 2. Kammer über das Decret, die Geldbeschaffung zum Kauf von Privatbahnen, ferner zur Tilgung der schwedischen Schuld der Schatzkammer betr., beantragt die Deputation: „die Staatsregierung zu ermächtigen, den zur Rückzahlung der noch umlaufenden Schatzscheine an 24,000,000 M., sowie den zu Deduction der außerordentlichen Ausgaben in der laufenden Finanzperiode erforderlichen, seiner Höhe nach noch festzustellenden Betrag durch den Verkauf 3procentiger, zugleich die Länge des entsprechenden Kapitalbetrags enthaltenden Rentenbilletts unter den bestmöglichen Bedingungen zu beschaffen.“ Die Deputation hat sich sofort bei ihrer ersten Verathung einstimmig damit einverstanden erklärt, das bisherige Einkaufssystem zu verlassen und zum Rentensystem, als den Interessen des Staates wie der Gläubiger mehr entsprechend, überzugehen. Man einigte sich ferner, daß der bestimmte Capitalbetrag jedes Rentenbilletts auf demselben angegeben und ein Zinssatz von 3 pCt. festgesetzt, ferner daß neben den Rentenbilletts auf den Inhaber zwar keine Einschreibungen auf den Namen zugelassen werden sollen, doch werden in das Gesetz Bestimmungen aufgenommen über ein möglichst vereinfachtes Verfahren der Auktionen zur Versteigerung der Rentenbilletts, welche die Tilgung werden in den Rentenbilletts nicht aufgenommen, ebensowenig ein Vorbehalt des Rechts der Kündigung für den Staat gegenüber den Staatsgläubigern, da in ersterer Beziehung der Begriff der Rente verloren gehen würde und die Aufnahme des Kündigungsrechts ungerechtfertigte Besorgnisse hervorrufen könnte.

— Während der diesjährigen großen Herbst-Übungen des 4. und 12. Armeekorps wird Kaiser Wilhelm mit großem Glanz in der Zeit vom 7. bis 13. September einige Tage sich in Rauenburg aufhalten. Eingelegte Exerzize auf den nach den Mandoriplänen zu mündenden Eisenbahnen werden sicherlich ein gutes Geschäft machen. Einige Directionen haben sich hierzu bereit erklärt.

— Vier tausend fünf hundert Portionen warmer Speisen sind am Geburtstage des Königs in den verschiedenen Bezirken der Stadt zur Vertheilung gekommen.

— Bei Uebigau ist vorgestern Nachmittag der Leichnam einer unbekannt alten Frau, ungefähr in den 60er Jahren, aus der Elbe gezogen worden. Dieselbe trug Strumpfbänder, auf welchen der Name „Joh. Riß“ zu lesen ist.

— Bei dem vorgestrigen Mauer-Einsturz auf der Rietzschelstraße ist nur ein Mauerer, Namens Säuberlich aus Cotta, so schwer an Brust und Kopf verletzt worden, daß er nach dem Stadttrankenhause gebracht werden mußte. Ein anderer Mauerer und der Polier Hierche kamen mit geringen Verletzungen davon.

— Am Montag Abend gegen 9 Uhr hat sich ein Soldat von der Augustusbrücke hinab in die Elbe gestürzt und ist nicht wieder zum Vorschein gekommen. Als er sich über das Brückengeländer geschwungen hat, ist sein Seitengewehr aus der Scheide gefallen und auf der Brücke liegen geblieben, wodurch es möglich war, noch an demselben Abend seine Persönlichkeit festzustellen. Er heißt Scheide, ist von hier und stand bei der Feldartillerie.

— Am linken Elbufer unterhalb Anton's ist gestern früh ein unbekannter männlicher Leichnam von Schiffers aus dem Flusse gezogen worden. Derselbe gehört einem bejahrten Manne, wahrscheinlich einem Schiffer, an.

— Landtag. Hatte die 2. Kammer das Budget für das Departement der Finanzen ohne jede Discussion bewilligt, so folgte ihm heute die 1. Kammer demselben nach, da über den Verzicht der Finanzdeputation, welchen Prinz Georg verweigert hat, eine bemerkenswerthe Debatte sich nicht entspann und auf Antrag der Deputation, mit einer einzigen unbedeutenden Ausnahme, den Beschlüssen der 2. Kammer beigetreten wurde. Erwähnenswerth möchte noch sein, daß Prinz Georg in seinen die Verhandlungen einschleppenden Worten die Selbstanklage erhob, daß er bei Abfassung des Verdicts eine Position übersehen habe und die Elbe im Verdict während der Verhandlung ergründe. Hoch stimmte die Kammer dem Antrage (Referent v. Herder) zu, die Verthigung der Bergbauarbeiten Voetenstein in Döhlen u. Wen. um Erhöhung ihrer Pension, der Regierung zur Kenntnissnahme zu übergeben, im Uebrigen aber auf sich beruhen zu lassen. In der 2. Kammer bildete den ersten Gegenstand der Verhandlung eine Verthigung des Comite's für den Elbe-Expree-Kanal, in welcher nur eine Vertheilung von 15,000 Mark aus sächsischen Staatsmitteln zur Vervollendung der Vorarbeiten für das Project nachgefragt wird. Die bisher aufgebrachteten Mittel (45,000 M.) sind erschöpft und der preussische Handelsminister hat 30,000 M. ausgelagert unter der Bedingung, daß der preussische Regierung die Resultate der wissenschaftlichen Versuche zum Bau geeigneter Gärten für den Transport der verschiedensten Holzgattungen und gebräute als der Vöcher in dieser Beziehung zur Anwendung gekommenen Rassen ohne anderweitige Entschädigung zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzdeputation (Referent Abg. Stauch) schlug nun vor, statt der erbetenen 15,000 Mark 5000 M. zu bewilligen, ein Betrag, der doch genug sei gegenüber der Strecke, mit welcher Sachsen an dem projectirten Kanal betheiligt sein würde. In der Debatte erklärte sich Secretär Dr. Gensel für einen höheren Beitrag, empfiehlt jedoch einen Vorbehalt, wie der preussische Handelsminister ihn gemacht. Abgeordneter Dr. Peine verwendete sich in längerer Rede für Bewilligung von 10,000 Mark, da von der Gesamtsumme des Canals von 17 1/2 Meilen 4 1/2 Meilen auf sächsisches Gebiet fallen würden. Der Canal sei für Sachsen von enormer Bedeutung; man werde u. A. den Vortheil viel höherer Verwerthung unserer Sandsteine haben. Ein großes Canalssystem, das die äußersten Enden Deutschlands verbinde, erweise vielen noch als eine Chimäre, und doch trage das großartige Canalssystem Frankreichs dazu bei, daß dieses Land ohne Schwierigkeit die 5 Milliarden aufgebracht und überhaupt auf einem so hohen volkswirtschaftlichen Standpunkt stehe. Abg. Hartwig hielt einen sachverständigen Vortrag über die Frage. Die Vorarbeiten auf der preussischen Strecke nahmen infolge der dortigen Territorialverhältnisse viel mehr Kräfte und Aufwand in Anspruch; auch gestehe der preussische Handelsminister selbst zu, daß er mehr als wissenschaftlichem als volkswirtschaftlichem Interesse 30,000 Mark Beitrag geben wolle; derlei wolle die wichtige Frage der Erhebung schwerer Canalabfrage, wenn sie gelöst werde, für den preussischen Staat ausbeuten, deshalb sein Vorbehalt. Wie in Sachsen dürften und nicht zu sehr für ein großes Canalssystem engagiren, so lange noch Petitionen mit der gerechten Forderung von Eisenbahnen aus allen Gegenden des Landes einlangen. Die große Aufgabe, ein deutsches Canalssystem in's Werk zu setzen, könne nur dem Reiche zugewiesen werden. Abg. Schred bemerkt: er werde jetzt für den preussischen Antrag stimmen. Abg. Dr. Peine trat nochmals für seinen Antrag ein und warnte den Staat davor, gerade in der Zeit, wo das Reich die dänische Insel und der Mangel an Geld so sehr betont werde, zu feiern, weil andere Produzenten leierten. Gerade in solchen Zeiten sei es Aufgabe des Staates, thätig zu sein, zu ermuntern, während der Abg. Stauch einleitet, daß die Neben-Gemeinde vor dem Forum des Reichstags, nicht in den sächsischen Landtag am Blaukeim, da Sachsen bezüglich der Canalbauten nichts ins Werk setzen, hierin nur von einem großen Ganzen etwas geschehen könne. Er sprach noch die Abg. Scheller für und Hartwig gegen Peine's Antrag und Geh. Rath Schmalz erklärte, daß die Regierung nicht gegen den Beitrag sei, sich aber eine Bedingung wie die des preussischen Handelsministers vorbehalte. Endlich wurde Referent Stauch „abnahmeständig“ und ging zum Dr. Peine über, dessen Antrag denn auch mit 35 gegen 25 Stimmen Annahme fand. Eine Debatte über die Kammer auf Verdict des Abg. Hartw. Stern die Verthigung der Schornsteinleger des ganzen Landes um Einföhrung fester Arbeitsverträge und der Weiterprüfung für Stadt und Land auf sich beruhen. Das wird den schwarzen Herren freilich wenig gefallen, die in ihrer Eingabe u. A. ziemlich hochtrabend sagen, das Schwornheimergewerbe sei ein wesentliches und integrierendes Theil der Wohlthätigkeitspolizei und bei dieser eminent wichtigen Eigenschaft seien sie nicht nur Gehilfen derselben, sondern selber Beamtete und mindestens als solche zu behandeln.

— Die Bearbeitung eines Bauungsplanes für die zwischen der Blaufischer Straße und der Elbe gelegenen Grundstücke nach Feststellung der Hochwasserlinie, d. h. derjenigen Linie, welche nach der Elbe zu die äußerste Grenze bildet, bis zu welcher sich die Einziehung hochwasserfreier Straßen und die Anlegung von Gebäuden erstrecken darf, ward im October v. J. öffentlich ausgeschrieben und bis Anfang dieses Jahres sind auch 27 Konkurrenz-Pläne beim Stadtrat eingegeben (wovon unter je 9 von den Mitgliedern des Dresdner Architektenvereins und des Dresdner Ingenieur- und Architektenvereins.) Es sei hier daran

3.
n
16
73.
e n
ich affor
ischen
Fabrit,
onner tag
9. 61.